

Aktuelles Interview

Sozialminister Schneider: „Vermögen sollten stärker besteuert werden!“

Guntram Schneider (SPD) ist seit Juli Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Die SoVD-Zeitung sprach mit dem früheren Vorsitzenden des DGB-Landesbezirkes NRW über die Armutsentwicklung im Land und seine Haltung zum sogenannten Sparpaket der Bundesregierung.

— Herr Minister, die jüngsten Daten zur Sozialberichterstattung in Nordrhein-Westfalen belegen, dass die Armut immer mehr zunimmt. Wer ist besonders gefährdet?

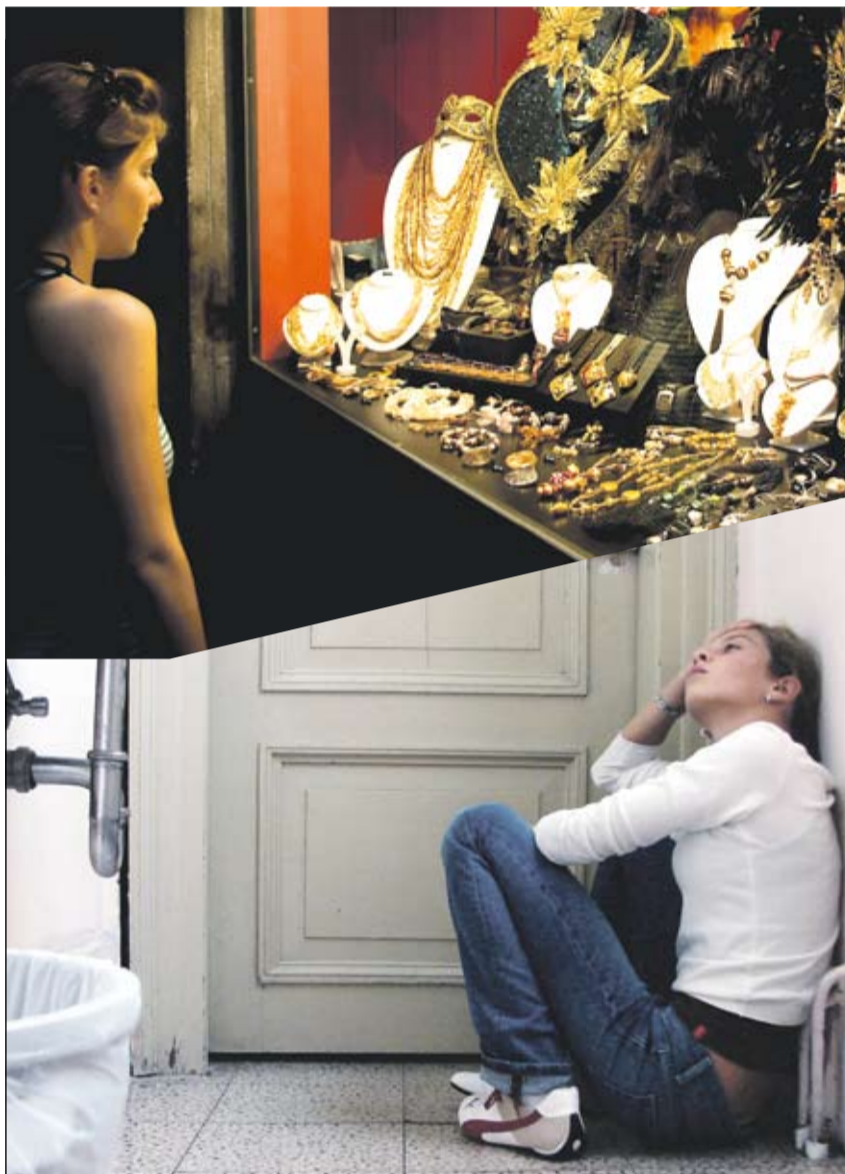
Am meisten sind Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Sie tragen ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko: 2009 lag die Armutsrisikoquote der Kinder im Alter von unter 16 Jahren bei 25,4 Prozent und die der 16- bis unter 25-Jährigen bei 22,4 Prozent. Langzeiterwerbslose sind in besonderem Maße von Einkommensarmut betroffen. Darüber hinaus ist auch die Armut bei Migrantinnen und Migranten in den letzten Jahren gestiegen.

— Die Kehrseite der Medaille ist: Die Reichen werden immer reicher. Wie stellt sich die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen dar?

Die soziale Spaltung hat sich weiter verschärft. Fast 18 Prozent der Haushalte in NRW verfügen über kein Vermögen. 1998 waren es 12,6 Prozent. 16,5 Prozent aller privaten Haushalte gelten als vermögend. Besaßen diese 1998 noch 62 Prozent des gesellschaftlichen Vermögens, so waren es 2008 schon 68 Prozent. Das heißt: Mehr als zwei Drittel des Vermögens ist auf ein Sechstel aller Haushalte in NRW verteilt. Gleichzeitig ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 60 000 Personen gestiegen.

— Sollte die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden?

Ja, private Vermögen sollten in Deutschland stärker besteuert werden. Tatsächlich sind die Steuern auf Vermögen und Erbschaften in Deutschland viel geringer als bei unseren europäischen Nachbarn. Ich bin deshalb auch froh, dass sich die SPD wieder für einen höheren



Fotos: royalmg/photocase (oben), hui-buh/photocase

Die Gegensätze zwischen Arm und Reich haben sich auch in Nordrhein-Westfalen verschärft: Während nahezu jeder fünfte Haushalt mittellos ist, verfügt eine kleine Gruppe der Gesellschaft über einen immer größeren Anteil des Privatvermögens.

Spitzensteuersatz ausgesprochen hat. Diejenigen, die vor der Krise am meisten am wirtschaftlichen Aufschwung partizipiert haben, müssen jetzt ihren Beitrag leisten, damit wir die Folgen der Krise in den Griff bekommen. Das ist nicht nur eine Frage des Staatshaushalts, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit.

— Wie kann die Armut bekämpft werden?

Wichtig ist, dass die Grundsicherung für Kinder neu geregelt wird. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts ist ganz klar: Die Bedürfnisse eines Kindes dürfen nicht so berechnet werden, als wäre ein Kind ein prozentual reduzierter Erwachsener. Die von Bundesministerin von der Leyen vorgeschlagene Chipkarte verschleiert das Problem. Kinder haben spezifische Bedürfnisse, insbesondere auch was Bildung und gesellschaftliche Teilhabe betrifft. Dazu wird sich die neue Landesregierung intensiv der Integration von Personen mit Migrationshintergrund widmen und schon bald ein Integrationsgesetz vorlegen. Wir müssen mehr junge Ausländer in die Berufsbildung bringen. Denn Arbeit sorgt für Einkommen und integriert die Menschen – das gilt übrigens für

alle, nicht nur für Zugewanderte. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion von behinderten Menschen. Mit einem umfassenden Programm „NRW inklusiv“ wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglichen.

— Wie wird sich NRW zum sogenannten Sparpaket der Bundesregierung positionieren?

In ihrem 80-Milliarden Sparpaket (bis 2014) geht die Bundesregierung davon aus, dass die Finanz-, Wirtschafts- und Strukturkrise beendet sei und ein selbst getragener Aufschwung eingesetzt habe. Alle makroökonomischen Indikatoren zeigen aber, dass die Konjunktur nach wie vor auf wackeligen Beinen steht. In einer solchen Situation zu sparen ist kontraproduktiv. Das Sparpaket ist sozial zutiefst ungerecht. Es verschärft die Armut – der öffentlichen Haushalte und der sozial Schwächsten. Deshalb werden wir uns als Landesregierung auf allen uns zur Verfügung stehenden Wegen für eine Ablehnung des Sparpakets stark machen.

Interview: Michaela Gehms



Aufruf an die Mitglieder

Nein zu Rösler-Pauschale und Rente mit 67!

Liebe Mitglieder,

das von der Bundesregierung beschlossene „Sparpaket“ und die Rösler-Pauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung sind zutiefst unsozial. Das Kürzungspaket sieht massive Einschnitte bei sozial benachteiligten Menschen vor. Vor allem Langzeitarbeitslose und arme Familien sollen die Zeche für die Finanz- und Wirtschaftskrise bezahlen. Die Verursacher der Krise sollen dagegen ungeschoren davon kommen. Nicht weniger hart wird die Rösler-Pauschale Menschen mit kleinem Goldbeutel treffen. Denn künftig soll jeder gesetzlich Versicherte pauschale Zusatzbeiträge bezahlen – die Friseurin in gleicher Höhe wie der Ingenieur. Solidarität und sozialer Ausgleich werden von der schwarz-gelben Bundesregierung abgeschafft.

Auch die Rente mit 67 bedeutet für viele Menschen künftig erhebliche Einschnitte. Von Altersarmut werden immer mehr Menschen betroffen sein. Das können und wollen wir im SoVD nicht hinnehmen! Deshalb werden wir in den kom-



menden Wochen vor den nordrhein-westfälischen Wahlkreisbüros der verantwortlichen Bundespolitiker protestieren.

Und auch Sie, liebe Mitglieder, können und sollen sich an den Protesten beteiligen. Fragen Sie Ihren Kreis- und Bezirksverband, wo welche Aktionen stattfinden! Des Weiteren finden Sie auf unserer Homepage Unterschriftenlisten gegen die Rösler-Pauschale und Musterbriefe gegen das Sparpaket. Machen Sie mit! Sagen Sie Nein zur Rösler-Pauschale, zum Kürzungspaket und zur Rente mit 67!

Ihre Gerda Bertram
Landesvorsitzende

Landesregierung besetzt wichtige Funktion

Norbert Killewald neuer Behindertenbeauftragter

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Norbert Killewald zum neuen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen bestellt. Killewald tritt damit die Nachfolge von Angelika Gemkow an, die das Amt von 2005 bis 2010 ausgeübt hat.

Norbert Killewald stammt aus Kevelar und war von 2005 bis 2010 Landtagsabgeordneter der SPD. Von 2007 an war er sozialpolitischer Sprecher der Fraktion. Der 49-Jährige ist Diplom-Pädagoge und war vor seiner politischen Laufbahn beim Deutschen Roten Kreuz tätig. „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen ist ein Schwerpunkt meines Amtes. Gemeinsam mit den Akteuren der Behindertenpolitik und der Landesregierung möchte ich nach Möglichkeiten suchen, Barrieren einzureißen und neue zu verhindern“, sagte Killewald aus Anlass seiner Ernennung.

Der Behindertenbeauftragte wird von der Landesregierung jeweils für die Dauer einer Legislaturperiode bestellt. Ernennung und Aufgaben sind im Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen geregelt. Der Landesbehindertenbeauftragte überwacht nach § 12 des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes (BGG NRW) unter anderem die Einhaltung des Gesetzes. Die Ministerien hören ihn bei Gesetzes- und Verordnungsvorhaben sowie bei der Erarbeitung von Verwaltungsvorschriften des Landes an, soweit sie Fragen der Belange von Menschen mit Behinderung behandeln oder berühren. Der Landesbehindertenbeauftragte berichtet außerdem dem Landtag regelmäßig über die Situation der Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen. Derzeit leben in Nordrhein-Westfalen rund 2,3 Millionen Menschen mit Behinderung, darunter sind mehr als 1,6 Millionen Schwerbehinderte.



Foto: MAIS

Guntram Schneider (re.), Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, ernannte Norbert Killewald zum Beauftragten für die Belange behinderter Menschen.



Foto: MAIS

Guntram Schneider (59) ist Sozialminister der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. Der gelernte Werkzeugmacher ist Mitglied der SPD und war zuletzt Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nordrhein-Westfalen. Guntram Schneider stammt aus Gütersloh und ist verheiratet.